



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 7 / 2022

AfD-ANFRAGE IM RAT: GESUNDHEITLICHE FOLGEN VON HEIMARBEIT

Home Office gilt als arbeitnehmerfreundliche Alternative zum Präsenzbetrieb. Dieses Vorurteil wackelt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fand nämlich heraus, dass fast jeder dritte, der seine Tätigkeit zuhause ausübt, unbezahlte Überstunden macht. Auch die Erwartung dauerhafter Erreichbarkeit übt nicht selten einen besonderen psychischen Druck aus. Jeder Zweite gab an in der Freizeit nicht richtig abschalten zu können.

Diese gefährliche Entwicklung

haben wir zum Anlass genommen nachzufragen, auf welche Weise die Verwaltung der Stadt Bielefeld sicherstellt, dass bei ihren Mitarbeitern im Home Office keine potenziell gesundheitsgefährdenden Mehrbelastungen und Negativfolgen, wie sie in der DGB-Studie beschrieben wurden, eintreten.

Außerdem verlangen wir Auskunft darüber, welche Präventionsangebote (etwa im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements) die Stadt Bielefeld für ihre



Mitarbeiter plant, um potenziellen Negativfolgen von Heimarbeit von vornherein so gut wie möglich entgegenzuwirken.

ZAHL DES MONATS

332 Sekunden

oder umgerechnet 5 Minuten und 32 Sekunden mussten Opfer und Zeugen 2021 im Durchschnitt auf die gerufene Polizei in Bielefeld warten, wenn eine unmittelbare Bedrohung durch einen Täter bestand.

Damit stieg die Dauer im Vergleich zum Vorjahr um ca. 50 Sekunden, also fast eine ganze Minute. Schuld sei laut Polizeisprecherin Rehmert unter anderem die sogenannte Corona-Pandemie, die Einsatzkräfte besonders gebunden habe.

UNZUFRIEDENE BÜRGER

Ein großer Teil der Bielefelder ist unzufrieden mit ihrer Innenstadt. So titelte die NW kürzlich: "Bielefelder haben keine Lust mehr auf Shopping in der City". Darunter berichtet die Tageszeitung von dutzenden Kommentaren, die ihrem Missmut über den Zustand des Zentrums freien Lauf lassen. Auch bei Facebook melden sich viele Bürger, die los werden möchten, was mit Bielefeld Mitte nicht stimmt.

Dabei werden immer wieder Punkte wie die Verkehrssituation, der Jahnplatz, Leerstände und immer schlimmer werdende Kriminalität oder auch euphemistisch als "Publikum" bezeichnete Personengruppen genannt, welche die Stadt vermehrt einzunehmen scheinen.



AfD-Ratsherr Maximilian Kneller fasst zusammen: "Es werden hauptsächlich Punkte kritisiert, denen wir in unserem Kommunalwahlprogramm den Kampf angesagt haben oder die anderweitig Gegenstand unserer Stellungnahmen und Initiativen sind. Leider kommt fast nichts davon beim Wähler an, weil die etablierten Tageszeitungen fast jeden Antrag sowie jede Anfrage und Pressemitteilung totschnitten."

SPD-BLATT NEUE WESTFÄLISCHE FEIERT SCHLEPPER-FESTIVAL AM SIEGFRIEDPLATZ

Die Tageszeitung „Neue Westfälische“ wirbt in jeder Ausgabe, gleich auf der ersten Seite damit „unabhängig“ und „überparteilich“ zu sein. Darauf, dass der alleinige Eigentümer der Neuen Westfälischen zu 100 % der SPD-Medienholding Verlagsgesellschaft gehört, weisen wir regelmäßig hin. Dieser Umstand macht sich durch eine regierungstreue Berichterstattung, zum Beispiel zum Thema Corona, aber auch durch unsubtile Wahlkampfhilfe, zuletzt in diesem Frühjahr, bemerkbar.

Aber auch als Erfüllungsgehilfe der SPD-Flüchtlingspolitik macht der NW so schnell niemand etwas vor. Das wurde vor einiger Zeit wieder einmal deutlich, als das Blatt unter

der Überschrift „Lautes Zeichen gegen Ausgrenzung“ vor allem ein lautes Zeichen für die Schlepperorganisation „Seebrücke“ setzte, die mit dem „Arbeitskreis Asyl“ ein Festival auf dem Siegfriedplatz veranstaltete.

Die Tageszeitung jubiliert, dass der EU vorgeworfen werde Wirtschaftsflüchtlinge nicht konsequent nach Europa zu holen. Ein afrikanischer Migrant kommt zu Wort, der betroffen anmerkt, dass er mit seinen Rastalocken auf dem Kesselbrink schon auf Drogen angesprochen wurde. Die NW urteilt: Sympathisches Lächeln. Weiter schwärmt das Blatt von dem musizierenden Einwanderer Aeham Ahmad. Dabei fallen Worte wie „ver-

zückt“, „wehklagend, gefühlvoll“ und „wie bei einem Märchen aus 1.000 und einer Nacht, in eine Art Schwebezustand auf einem fliegenden Teppich“, um nur ein paar O-Töne zu zitieren.

Die NW hat ihre Maske schon lange abgelegt. Hetzjagden auf Kritiker sogenannter „Corona-Maßnahmen“, Hurra-Presse über den SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl und natürlich unreflektierte Berichterstattung in Bezug auf die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, der die Eigentümerin SPD seit Jahren angehört, sind nur einige Beispiele, die deutlich machen: Die NW ist ein als Tageszeitung getarntes Parteiorgan.

UNIVERSITÄT BIELEFELD EINE DER LETZTEN HOCHSCHULEN IN NRW MIT MASKENPFLICHT

Der Sommer ist da und auch Bielefeld bleibt von Temperaturen weit über 30 Grad nicht verschont. Bei diesem Wetter sind normalerweise luftige Kleidungsstücke, wie T-Shirts und kurze Hosen, an der Tagesordnung. Die örtliche Universität allerdings verlangte bis Mitte Juli, als eine von nur noch zwei Hochschulen in NRW, dass ihre Studenten das Gesicht beim Lernen zusätzlich mit einer Schutzmaske verdecken.

Viele Studenten trauen sich nicht, ihrem Unmut Luft zu machen.

Wie die lokale Tageszeitung „Neue Westfälische“ berichtet, beschwerten sich Studenten über die Drangsal. Viele Kommilitonen trauen sich laut NW aber nicht, ihrem Unmut Luft zu

machen oder den akademischen Autoritäten den Gehorsam zu verweigern, weil sie sonst als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt würden.

„Ihr seid mehr als nur eine schweigende Minderheit.“

AfD-Ratsherr Maximilian Kneller urteilt: „Die Politik der Spalterei und der gegenseitigen Diffamierung trägt schließlich Früchte. Wer anders denkt, traut sich nicht es auszusprechen oder sich gar zu widersetzen. Diesen sozialen Druck kenne ich aus meiner eigenen Zeit als Student an der Universität Bielefeld.“ Kneller rät allen Betroffenen: "Ihr seid mehr als nur eine schweigende Minderheit. Vernetzt Euch, macht den Mund auf und am wichtigsten: Widersetzt

Euch! Masken-Verweigerer können weder glaubhaft mit Hausverboten noch mit Exmatrikulation sanktioniert werden. Das bestätigte auch das Wissenschaftsministerium.“

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt:
presse.ratsgruppe@afd-
bielefeld.de

Titelgrafik:
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,
creativecommons.org/licenses/by/
2.0/de